



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Geschlechtsspezifischer Gewalt konsequent
entgegnetreten“ (Drucksache 20/2741(neu))

Das Hilfe- und Schutzsystem für gewaltbetroffene Frauen weiter ausbauen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein betrachtet die steigende Gewalt an Frauen und Mädchen angesichts des neuen BKA-Lageberichts zur geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen mit großer Sorge.

Das durch die Landesregierung Anfang 2024 vorgestellte Konzept des Hochrisikomanagements leistet einen großen Beitrag im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen in Schleswig-Holstein. Von Januar bis Juli 2024 sind bereits 227 Fälle als Hochrisikofälle eingestuft worden. Insbesondere diese Zahl verdeutlicht die große Notwendigkeit, das Hochrisikomanagement zu stärken.

Gleichzeitig ist die Anzahl der polizeilichen Wegweisungen nach häuslicher Gewalt gestiegen. Dadurch ist auch die Nachfrage nach der wichtigen Beratungsarbeit für betroffene Personen nach § 201a Abs. 4 LVwG gestiegen. Die Beratungsarbeit ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen.

Aber auch auf Bundesebene müssen Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, um die Hilfs- und Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene und -bedrohte Frauen

auszubauen. Die Landesregierung wird daher gebeten, sich auf Bundesebene für folgende Punkte einzusetzen:

- die Einführung des Rechtsanspruchs auf Beratung und Schutz für von häuslicher und sexueller Gewalt betroffene und bedrohte Frauen und Mädchen,
- eine Verlängerung des Bundesinvestitionsprogrammes „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ zum weiteren Ausbau der Frauenhausinfrastruktur und für eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes zur Absicherung einer verlässlichen Struktur und Zugänglichkeit von Frauenfacheinrichtungen,
- in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich gegen Gewalt an Frauen einsetzen, zielgruppenorientierte Programme und Kampagnen aufzusetzen, die für das Thema häusliche Gewalt sensibilisieren, Hilfsangebote aufzeigen und einen gesellschaftlichen Wandel anstoßen, mit dem Ziel das Schweigen und die Stigmatisierung von Betroffenen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt zu brechen.

**Birte Glißmann
und Fraktion**

**Catharina Johanna Nies
und Fraktion**